

Entlastung für Verbraucher? Streit um ungenutzte EEG-Milliarden spitzt sich zu

Welt, 21.05.2022, Karsten Seibel, Daniel Wetzel

https://www.welt.de/wirtschaft/plus238756911/Entlastung-fuer-Verbraucher-Streit-um-ungenutzte-EEG-Milliarden-spitzt-sich-zu.html?sc_src=email_2232275&sc_lid=220936080&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=3807&sc_cid=2232275&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Betreiber von Solar- und Windparks verdienen so viel wie selten – und Stromkunden zahlen mehr, als wohl nötig wäre. Denn der Strompreis ist so hoch, dass die EEG-Zuschüsse liegen bleiben. Es sammeln sich Milliarden, die der Entlastung dienen könnten. Doch es gibt Widerstand.

Der Mittelständler PNE gehört zweifellos zu den erfahrensten Entwicklern und Betreibern von Windkraftanlagen in Deutschland. Als das Cuxhavener Unternehmen in grauer Vorzeit noch unter dem Namen Plambeck Neue Energien seinen ersten Windpark ins Marschland stellte, gab es noch nicht einmal das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mit den staatlich geregelten Vergütungsansprüchen. Heute, 25 Jahre später, übersetzen die Eigner das Firmenkürzel mit „Pure New Energy“ und haben mehr Grund zur Freude als je zuvor.

Diese Woche nämlich konnte der Vorstand des 450-Mitarbeiter-Unternehmens den besten Jahresstart der Firmengeschichte vermelden: Im ersten Quartal hat sich der Vorsteuergewinn mit 15,8 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr auf einen Schlag mehr als verdoppelt. „Ergebnistreiber“, sagte Vorstandschef Markus Lesser, „war das Segment Stromerzeugung.“ Die stark gestiegenen Preise sorgen auch bei anderen Erzeugern von Elektrizität für Hochstimmung. „Mehr als verdoppelt hat sich das bereinigte Nettoergebnis“, vermeldete etwa der Ökostromriese RWE.

Auch mit Kohle und Öl lässt sich derzeit viel Geld verdienen, doch in keinem Bereich entstehen die Gewinne risikoloser als mit Wind und Sonne. Denn die Betreiber von Windrädern und Solarfeldern dürfen ihre grünen Kilowattstunden am Strommarkt dank einer „gleitenden Marktprämie“ direkt vermarkten, wenn der Großhandel besonders üppige Gewinne verspricht.

Sinkt der Börsenpreis für Elektrizität aber, dürfen die Ökostromer jederzeit aus der dann unattraktiven Direktvermarktung ausscheiden und wieder die Rückfalloption einer auskömmlichen gesetzlichen EEG-Umlage nutzen.

Mit welchen Summen Verbraucher die staatliche Gewinngarantie für Ökostromer unterstützen, zeigt ein Blick auf das EEG-Konto. Weil das Preisniveau an den Börsen seit Monaten hoch ist, verzichtet der Großteil der Wind- und Solarstromer auf die EEG-Förderung – am freien Markt bekommen sie mehr.

Dadurch warten mittlerweile 15 Milliarden Euro aus der Tasche der Stromverbraucher auf dem Konto auf Abruf. Das ist das Vier- bis Fünffache früherer Stände. Immerhin fließen ab dem 1. Juli erst einmal keine weiteren Fördermittel auf das Konto, die EEG-Umlage in Höhe von 3,7 Cent pro Kilowattstunde, die jeder Privathaushalt zahlen muss, fällt weg.

Finanzministerium sieht keinen Spielraum

Der Kontostand weckt Begehrlichkeiten. „Es ist ein Wahnsinn, dass sich auf dem EEG-Konto mittlerweile 15 Milliarden Euro angesammelt haben. Das ist Geld, das eigentlich den Stromkunden und künftig dem Staat zusteht“, sagt Thomas Engelke, Teamleiter Energie und Bauen im Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv).

„Wir fordern, dass zumindest ein Teil des Geldes auf dem EEG-Konto als Anschubfinanzierung für das Klimageld verwendet wird“, sagt Engelke. Damit sind jene Überweisungen an alle Bürger gemeint, die die Regierung als Ausgleich für die CO₂-Bepreisung auf Energie im Koalitionsvertrag zugesagt hat. Bislang fehlt allerdings noch ein geeignetes Überweisungsverfahren, um das Geld zu den Bürgern zu bringen. Das wird frühestens Ende des Jahres fertig sein.

Im Bundesfinanzministerium will man von einer Teilrückzahlung der vielen Milliarden auf dem EEG-Konto an Stromkunden und Steuerzahler bislang nichts wissen. Dafür sehe man angesichts der kompletten Abschaffung der EEG-Umlage keinen Spielraum, heißt es dort. Die Milliarden würden vollständig zur Förderung in den kommenden Jahren gebraucht. Die Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Betreibern von Solar- und Windparks laufen 20 Jahre ab Inbetriebnahme der Anlagen.

Ökonomen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) halten die gesamte Ökostromförderung für eine Fehlkonstruktion. Karsten Neuhoff, Leiter der Abteilung für Klimapolitik, schlägt vor, die Förderung um eine Gewinnabschöpfung zu ergänzen, sogenannte Contracts for Differences (CfD), auf Deutsch Differenzverträge.

Meinungsverschiedenheiten ausräumen

Durch sie lässt sich nach DIW-Berechnungen für WELT AM SONNTAG die Stromrechnung der Verbraucher um Milliarden senken. „Allein in den Monaten Januar bis April hätten sich zusätzliche Einsparungen in Höhe von rund zwei Milliarden Euro ergeben“, sagt Neuhoff.

Blieben die Preise auch während des restlichen Jahres auf dem aktuellen Niveau, wovon viele Marktteilnehmer ausgingen, würden sich die Kostenvorteile 2022 sogar auf sieben Milliarden Euro addieren. Schon im Vorjahr ergab sich laut DIW-Berechnungen ein positiver Effekt in Höhe von 1,7 Milliarden Euro, von dem dank eines fehlenden Preisdeckels die Anbieter, nicht die Kunden profitierten.

Differenzverträge sind auch Teil der von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) vorangetriebenen Reform des EEG-Gesetzes. Doch zunächst gilt es, innerhalb der Ampel-Regierung noch ganz grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten auszuräumen, nämlich bei der Frage, inwieweit die grüne Energie überhaupt noch gefördert werden muss.

Wir müssen Chancen und Risiken wieder zusammenbringen und die Erneuerbaren dort, wo sie bereits wettbewerbsfähig sind, in den Wettbewerb entlassen“, sagt

Michael Kruse, energiepolitischer Sprecher der FDP. Dies sei beispielsweise bei Offshore-Windparks schon sehr gut möglich.

Dadurch werde der Preis der Erneuerbaren gesenkt und die Akzeptanz erhöht. „Wir halten CfDs und damit die weitere Absicherung von Investorenrisiken zulasten der Strompreise nicht für erforderlich, denn die Strompreise sind zu hoch“, sagt der Energiepolitiker.

Das Thema wird noch für Diskussionen unter den drei Regierungsparteien sorgen. Und Ökostromunternehmer wie PNE-Vorstandschef Markus Lesser müssen daher so schnell nicht befürchten, dass ihnen die Stromerzeugung als „Ergebnistreiber“ verloren geht.